

Lösungen

Repetitionsfragen

Kapitel 11

1. **Gründe für wachsende Staatstätigkeit:** Neue Aufgaben; grosse Einkommenselastizität für öffentliche Leistungen; kleinere Zunahme der Arbeitsproduktivität (überdurchschnittliche Kostenentwicklung); expansives Verhalten der Verwaltung und Ausgabefreudigkeit der Parlamente.
2. **Aufgabenintensive Gebiete Bund:** Soziale Wohlfahrt, Verkehr, Bildung, Landesverteidigung, Landwirtschaft. (Finanzen und Steuern steht zwar an zweiter Stelle, aber dabei handelt es sich um eine Umverteilung von Steuereinnahmen auf die Kantone).
3. **Haupteinnahmequellen Bund:** Direkte Bundessteuer, Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer, Mineralölsteuer, Verkehrsabgaben, Tabaksteuern.
4. **Entwicklung der Ausgaben:** Stärkstes Wachstum der Ausgaben für soziale Wohlfahrt und Bildung. Nur leichtes Wachstum der Ausgaben für die Landesverteidigung und für die Landwirtschaft. Hoher Anteil (rund 60%) der Subventionen an den Gesamtausgaben.

Haushaltssaldo und Verschuldung: Starker Anstieg der Defizite und der Verschuldung in den 1990er Jahren. 2004 erreichten die Schulden ihren Höchststand. Von 2006 bis 2019 erzielte die öffentliche Hand Überschüsse. In den Jahren 2020 und 2021 sind sowohl die Defizite als auch die Verschuldung wieder angestiegen. Im internationalen Vergleich ist die Entwicklung der Staatsfinanzen der Schweiz als sehr gut zu beurteilen.

Gefahren Staatsdefizite/-verschuldung: Zinsanstieg, Inflationsanstieg, Verdrängungseffekt (crowding-out), Schmälerung des Handlungsspielraumes, Teufelskreis der Verschuldung.

5. **Richtlinien Staatsverschuldung:**
 - Goldene Finanzierungsregel: Budgetdefizite dürfen die Höhe der Staatsinvestitionen nicht übersteigen.
 - Langfristig konstante Schuldenquote (ausgeglichener Primärhaushalt).
 - Ausgaben sollen im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum zunehmen.
6. **Längerfristigen Aussichten für den Bundeshaushalt:** Aufgrund von Corona-Schulden sind entweder Steuererhöhungen oder Reduktion der Ausgaben notwendig. Grosser Handlungsbedarf besteht auch bei den Sozialversicherungen.